**Boliviens erneute Anerkennung einer schattenhaften Republik ist eine schlechte Entscheidung, die dringend korrigiert werden sollte (einer bolivianischen Parlamentarierin zufolge)**

Buenos Aires-Boliviens Entscheidung, Beziehungen zu der von der Front Polisario ausgerufenen sogenannten Republik herzustellen, sei eine schlechte Entscheidung gewesen und die derzeitige Regierung müsse sie dringend korrigieren, behauptete die bolivianische Parlamentarierin Tatiana Anez aus der Oppositionskoalition „Creemos“ unter dem Vorsitz des inhaftierten Gouverneurs der Region Santa Cruz, Luis Fernando Camacho.

„Wir fordern die derzeitige Regierung dazu auf, Weisheit aufbringen zu haben und sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten der Staaten einzumischen; Es ist wichtig, die Souveränität der Staaten einhalten zu haben“, fuhr Anez fort.

Sie prangerte in diesem Kontext das Vorgehen des ehemaligen bolivianischen Präsidenten Evo Marales an, der "ihrer Meinung nach nicht damit aufhörte, sich in die inneren Angelegenheiten des benachbarten Staates Peru einzumischen, was den Beziehungen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern Abbruch tat und tut".

Die Abgeordnete Anez fügte hinzu, dass die Koalition, der sie angehört, die Entscheidung der ehemaligen Präsidentin Jeanine Anez in 2020 gewürdigt habe, die Anerkennung einer sogenannten Republik aussetzen und „alle Beziehungen zu dieser fiktiven Entität beenden zu haben“.

Die Position der ehemaligen Präsidentin wurde sehr eingeschätzt, weil sie sich dafür aussprach, dass Bolivien Beziehungen zu einem Staat von der Größe des Königreichs Marokko zu unterhalten habe, sich dafür einsetzend, diese separatistische Gruppe aus Bolivien verscheuchen zu haben, die hierzulande und in der gesamten Region Unruhen stiftete und stiftet.

Die Abgeordnete Anez sagte, dass „wir zweifellos daran arbeiten müssen, die Beziehungen zum Königreich Marokko erstarken zu haben, weil sie sehr wichtig sind und in den

Rahmen von Entscheidungen zu sehen sind, denen es vonseiten der internationalen Gemeinschaft unter die Arme gegriffen wird“.

Bezugnehmend auf die Rolle der bolivianischen Parlamentarier in diesem Zusammenhang sagte Anez: „Wir hegen die Absicht, die Beziehungen zu Marokko zu einer Priorität und zu einem ausschlaggebenden Thema zu hieven. Wir arbeiten überdies daran, schriftliche Anträge einzureichen, damit die bolivianische Regierung uns über die Umstände aufklärt, unter denen sie die Entscheidung getroffen hat, diese Art von Beziehungen zu dieser schattenhaften Republik aufzubauen".

Die bolivianische Abgeordnete drängte in den Vordergrund, dass „die Regierung dazu verpflichtet ist, die Vertreter des bolivianischen Volkes darüber in Kenntnis zu setzen, was diese illegale Bewegung in unserem Land unternahm und unternimmt“, die Frage aufwerfend, was Bolivien davon hätte, illegale Beziehungen zu einer international nicht anerkannten Entität aufzubauen.

Als Parlamentarier "verpflichten wir uns dazu, die Souveränität der Staaten einhalten zu haben", bekräftigte Anez, die Fortsetzung des Dialogs zur Umsetzung der UNO-Resolutionen einfordernd, um dem regionalen Konflikt um die marokkanische Sahara ein Ende bereiten zu dürfen.

Quellen:

http://www.corcas.com

http://www.sahara-online.net

http://www.sahara-culture.com

http://www.sahara-villes.com

http://www.sahara-developpement.com

http://www.sahara-social.com